

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuß

26. Sitzung

am Mittwoch, dem 24. Juni 1998, 10:00 Uhr
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Uwe Döring (SPD)

Vorsitzender

Dr. Gabriele Kötschau (SPD)

Bernd Saxe (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Torsten Geerds (CDU)

Claus Hopp (CDU)

in Vertretung des Abg. Thorsten Geißler (CDU)

Jost de Jager (CDU)

Gero Storjohann (CDU)

in Vertretung des Abg. Claus Ehlers (CDU)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)

Fehlende Abgeordnete

Wolfgang Baasch (SPD)

Weitere Anwesende

siehe Anlage

Tagesordnung:		Seite
1.	Aktuelle europapolitische Entwicklungen	4
	- Sitzung des Ostseerates	
	- EU-Gipfel von Cardiff	
2.	Bericht über den Stand des RISI-Projektes	7
3.	20. Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz beim Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages	9
	Drucksache 14/1340	
4.	Verschiedenes	10

Der Vorsitzende, Abg. Uwe Döring, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Aktuelle europapolitische Entwicklungen

- Sitzung des Ostseerates

Minister Gerd Walter beginnt seinen Bericht mit der Feststellung, daß das diesjährige Treffen der Außenminister des Ostseerates nicht so sehr durch die offizielle Tagesordnung beeindruckt habe, sondern mehr durch das, was informell sich außerhalb dieser Tagesordnung am Rande abgespielt habe. Es sei bemerkenswert zu beobachten, daß dieses Forum mehr und mehr eine Chance biete für informelle Begegnungen und Dialoge der Außenminister in einer sehr freundschaftlichen und persönlichen Atmosphäre einerseits und einer außerordentlich offenen Atmosphäre andererseits. Dies erweise sich als sehr vorteilhaft.

Minister Gerd Walter deutet an, daß auch das Thema Duty-free bei der Diskussion um die Weiterentwicklung der Europäischen Union eine gewisse Rolle gespielt habe und auch die Probleme im Kosovo einen gewissen Raum eingeräumt bekommen hätten. Wenn man die Treffen werten wolle, so meint Minister Walter, dann dürfe das nicht nur anhand der Kommuniqués geschehen, sondern sie müßten auch unter dem Blickwinkel gesehen werden, was informell am Rande ablaufe. Ein Beispiel dafür seien die Fragen um die Situation der russischen Bevölkerung in den baltischen Staaten, insbesondere in Lettland. Über diese und andere außerordentlich sensible Themen habe man ganz freimütig diskutiert.

Bemerkenswert sei auch die erstmalige Teilnahme Frankreichs, der Ukraine und der USA. Deren Teilnahme habe allerdings auch die Frage aufgeworfen, wie man mit den Vertretern solcher Staaten in Zukunft umgehen wolle, die keine Ostseeanlieger seien. Allerdings spreche die Teilnahme der Vertreter solcher Staaten auch dafür,

daß die Ostseekooperation aus ihren regionalen Bezügen herausgewachsen sei und inzwischen auch zur politischen Tagesordnung nicht nur auf EU-Ebene gehöre.

Im Mittelpunkt der sich anschließenden Diskussion stehen Fragen der künftigen Ausgestaltung des ständigen Sekretariats und der Zusammenarbeit bei Projekten wie der Energieversorgung oder der Entsorgung von Giftgas in der Ostsee beziehungsweise der Verwirklichung der Agenda 21. Minister Gerd Walter unterstreicht die Bedeutung des ständigen Sekretariats und betont, daß Deutschland sich aus dem Gremium nicht ausgrenzen dürfe, wenn die bisher errungenen Einflüsse im Ostseebereich nicht verlorengehen sollen. Er erinnert in diesem Zusammenhang an seine früheren Aussagen, daß sich die Koordinaten im Ostseebereich kontinuierlich verschoben hätten und Deutschland damit aus dem Mittelpunkt der Ostseeaktivitäten herausrücke. Für Schleswig-Holstein gelte es deshalb, alle Akteure dahin zu bringen, sich in ihren Planungen und Weichenstellungen dieser Veränderungen in der Ostseeregion bewußt zu werden und darauf zu reagieren. Dies gehe nach seiner Meinung allerdings nicht ohne eine gemeinsame Standortpflege.

Tatsache sei leider, daß sich die Bereitschaft im Lande Schleswig-Holstein, sich im Hinblick auf diese neuen Herausforderungen vorzubereiten, noch relativ in Grenzen halte. Deshalb sehe er auch eine Aufgabe des Europaausschusses darin, sich Gedanken darüber zu machen, wie diese Bewegung voranzubringen sei. Anregungen gebe es zum einen im Ostseebericht und zum anderen seien solche Anregungen auch den Überlegungen der letzten Kieler Runde zu entnehmen. Diese Kieler Runde habe beispielsweise einen Initiativkreis Ostsee ins Leben gerufen, von dem man sich in Zusammenarbeit mit Hamburg und möglicherweise unter Beteiligung der Partner der Öresundregion eine Sensibilisierung der Betroffenen erhoffe.

Zu den Überlegungen von Abg. Jost de Jager, daß es in diesem Initiativkreis eine Schwerpunktbildung für bestimmte Aufgabengebiete geben sollte, gibt Minister Gerd Walter zu bedenken, daß es in erster Linie darum gehen müsse, daß die einzelnen Gremien eigene Aktivitäten entwickelten. Er nennt als Beispiel die fremdsprachlichen Lehrangebote an den Universitäten oder das Projekt der Virtuellen Hochschule in Lübeck.

Abschließend appelliert Minister Gerd Walter mit Hinweis auf die Haltung einzelner Länder zu möglichen Verkehrsprojekten in der Ostseeregion wie die Fehmarnbelt-Brücke an die Ausschußmitglieder, ihr Möglichstes zur Mobilisierung der einzelnen Interessenvertreter zu tun, um zu gemeinsamen Diskussionen zu gelangen. Er

schließt seine Ausführungen mit der Bemerkung, daß die Ostsee im Grunde immer ein verbindendes Thema gewesen sei, das auch in Zukunft nicht zerredet werden sollte.

- EU-Gipfel von Cardiff

Minister Gerd Walter benennt mit Hinweis auf das zu erwartende Abschlußkommuniqué die Schwerpunkte des Gipfels. Er persönlich glaube, daß es vernünftig sei, über das Thema der künftigen Konstruktion der EU immer wieder an kompetenter Stelle zu diskutieren, um die Problematik nicht in die falschen Hände gleiten zu lassen.

Aus Zeitgründen schlägt der Vorsitzende vor, die Diskussion in einer späteren Sitzung weiterzuführen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Bericht über den Stand des RISI-Projektes

Der Vorsitzende teilt mit, das Thema deshalb auf die Tagesordnung gesetzt zu haben, weil er als Mitglied des Lenkungsausschusses gern die Meinung der Ausschußmitglieder in die Abschlußbesprechung dieses Ausschusses mit einbringen wolle.

Direktor Klaus P. Friebe betont, daß sich das RISI-Projekt außerordentlich dynamisch entwickelt habe und macht sich mit Hinweis auf die Notwendigkeit von Strukturänderungen in Schleswig-Holstein dafür stark, die Arbeit in einem RISI-2-Projekt weiterzuführen.

Auch der Wirtschaftsausschuß sollte nach seiner Meinung einmal über die notwendige neue Strukturpolitik im Lande Überlegungen anstellen. Dieser neue Strukturbegriff sei in Schleswig-Holstein zu eng ausgelegt und reflektiere nicht die Politik der EU. Um ein neues Denken anzuschieben, benötige man Verbündete, die er sich aus der Politik erhoffe. Frankreich und Steiermark zum Beispiel hätten im Rahmen ihrer RISI-Projekte ihre Strukturpolitik voll auf die neue Europadiskussion ausgelegt. Er, Direktor Friebe, wünsche sich eine ähnliche Diskussion auch in Schleswig-Holstein.

Was das RISI-Projekt als solches angehe, werde der Abschlußbericht den Mitgliedern des Lenkungsausschusses in wenigen Tagen übersandt. In das Projekt seien die unterschiedlichsten Gruppierungen im Lande eingebunden gewesen. Die Stiftung sei nur der Koordinator gewesen, der die methodische Seite vorgegeben habe. Man habe sich um ein sehr breites Engagement hin zu den jugendlichen disable Gruppen bemüht. Große Erfolge habe die Stiftung bei der Computerisierung der Schulen aufzuweisen. Diese sei in Verbindung zu den von ihm geforderten strukturellen Änderungen des Landes positiv zu sehen. Denn die nichtumkehrbare Wandlung der Strukturen müsse auch in neuen Lernprogrammen zum Ausdruck kommen. „Structure“ und „Learning“ seien in seinen Augen die Schwerpunktthemen, die der Politik in Zukunft sicherlich aus der Hand genommen würden, wenn nicht intensiv darauf eingegangen werde, und hier sehe er, wie bereits angedeutet, auch den Ansatz für das RISI-2-Projekt.

In der sich anschließenden Diskussion stehen Fragen um die Finanzierung und die Notwendigkeit des Sich-Einbringens der Politik in die Diskussion über die neuen Strukturen im Vordergrund. Der Vorsitzende geht davon aus, daß der Ausschuß im Wege des Selbstbefassungsrechts sich mit dem Schlußbericht von RISI unter den angedeuteten Fragestellungen weiter beschäftigen werde.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**20. Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz
bei dem Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages**

Drucksache 14/1340

Anknüpfend an die in der Diskussion zum Tagesordnungspunkt 2 gemachte Aussage, daß in Zukunft die Informationstechniken den Standort eines Landes maßgeblich bestimmen, bezeichnet LD Dr. Helmut Bäumler es als wichtig, sich auch mit Zielen jenseits der Technik des Computers auseinanderzusetzen. Die Vorgabe solcher Ziele müsse ebenfalls Aufgabe der Politik sein. Dabei dürfe nicht vergessen werden, daß es sich beim Computer stets um eine Technik für den Menschen handeln müsse und es nicht eine Technik gegen den Menschen sein dürfe.

Im weiteren geht LD Dr. Bäumler schwerpunktmäßig auf Punkt 8 - Europa - des 20. Tätigkeitsberichtes, Drucksache 14/1340, ein und legt dar, in welchen Punkten die rechtzeitige Umsetzung der europäischen Datenschutzlinie in Gefahr sein könnte. Seine Ausführungen enden in der Aufforderung an die Parlamentarier, Überlegungen dahin anzustellen, wie ein neues Datenschutzgesetz des Landes gestaltet werden könnte, das einerseits keine Bürgerrechte preisgebe und andererseits eine Entbürokratisierung des Datenschutzes ermögliche. Bei Schaffung eines solchen Gesetzes sollten nicht nur die neuen Technologien, sondern auch die größtmögliche Beschränkung der Verwendung personenbezogener Daten ins Auge gefaßt werden.

Im weiteren begrüßt LD Dr. Bäumler das im Amsterdamer Vertrag verankerte Recht auf Informationszugang als einen wichtigen Schritt zu einem Europa der Bürger. Bei einer guten Datenorganisation seien dabei auch die datenschutzrechtlichen Belange nicht in Frage gestellt.

Abschließend fordert LD Dr. Bäumler dazu auf, über Europa hinaus global im Datenschutz zu denken, was hinsichtlich der Datenüberlieferung in sogenannte Drittstaaten in Zukunft von Bedeutung sein werde.

Der Vorsitzende spricht die unterschiedliche Denkweise in einzelnen europäischen Ländern bezüglich des Datenschutzes an und stellt Kenntnisnahme des Berichts fest.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg. Dr. Gabriele Kötschau berichtet kurz über die Hintergründe des Rückrufs der Diplomaten aus Weißrußland und zieht das Fazit, daß die Herrschaft dort zur Zeit eindeutig in Richtung Diktatur gehe.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung mit einem Dank an die bis zum Ende der Sitzung anwesenden Ausschußmitglieder sowie mit dem Hinweis, daß sich die Ausschußarbeit nicht nur in der Abstimmung von Anträgen erschöpfe, um 12:50 Uhr.

gez. Uwe Döring

Vorsitzender

gez. Dr. Ursula Haaß

Geschäfts- und Protokollführerin